



Dokumentation der Fragen und Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landrates (LR) und des Bürgermeisters oder Bürgermeisterin (BM) bei der Kommunalwahl 2025

Klaus Kubernus-Perscheid (attac) und Tomás Cabral (BUND)

Die Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten fand in der Zeit vom 24. Juli bis zum 28. August 2025 statt. Hier finden Sie die Fragen und Antworten.

Frage 1:

Sie haben insgesamt 100 Punkte zu vergeben und sollen nach Wichtigkeit Ihrer persönlichen Themen entscheiden.

- Digitalisierung
- Klimaschutz / Schutz der Biodiversität
- Verkehrswende
- bezahlbarer Wohnraum
- Kampf gegen Rechtsextremismus
- soziale Gerechtigkeit
- sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft

Landrat Ingo Brohl
(CDU/ B90 Die Grünen)

LR

Als amtierender Landrat und gemeinsamer Kandidat von CDU und Bündnis 90/Die Grünen halte ich die genannten Themen grundsätzlich für wichtig. Gerade als Amtsinhaber tue ich mich mit einer solchen Bepunktung schwer, da unterschiedliche Ebenen angesprochen werden und in der Praxis eine starke Verschränkung besteht – selten gibt es einfache, monokausale Ableitungen.

Die Punkte e. und f. würde ich gerne zusammenfassen als Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unseres Rechtsstaates nach innen und außen – wobei im Inneren der Rechtsextremismus als größte demokratiefeindliche Bedrohung anzusehen ist. Zusammen mit dem Erhalt unserer niederrheinischen Kulturlandschaft als Teil der Schöpfung und damit als Lebensgrundlage bildet dies für mich die Metaebene.

Gleichberechtigt würde ich dann Ihre weiteren Nennungen auf der darunter liegenden Ebene – neben weiteren Themen, beispielsweise „Zukunft eines erfolgreichen und nachhaltigen deutschen und europäischen Wirtschafts- und Arbeitsstandorts und Ableitungen für den Kreis Wesel als Basis für sozialen Frieden“ – ansehen.

Dr. Peter Paic
(SPD)

Die Themen sind ineinander verzahnt. **Wer Klimaschutz will, braucht Verkehrswende**; wer sozialen Zusammenhalt will, braucht bezahlbaren Wohnraum und klare Kante gegen Rechtsextremismus. Deshalb gebe ich keine scheingenaue Prozentverteilung, sondern setze auf ein integriertes Vorgehen mit vier gleichrangigen Schwerpunkten:

LR	• Klimaschutz & Biodiversität (u. a. Flächenkreislauf, Entsiegelung, Erneuerbare), • Verkehrswende (Schiene/Wasser vor Straße, ÖPNV/Rad), • Soziale Gerechtigkeit & bezahlbarer Wohnraum (Tarifbindung, Mieten dämpfen durch Innenentwicklung), • Demokratie & Zusammenhalt (Bürgerbeteiligung, Transparenz, klare Haltung gegen Rechts). So vermeiden wir Zielkonflikte und beschleunigen die Umsetzung – kreisweit und gemeindeübergreifend.
Klaus Winter (Die Linke) LR	Da die Themen enorme Schnittmengen haben, habe ich bei der Bepunktung Clusterungen vorgenommen: • Digitalisierung: 10 Punkte • Klimaschutz/Schutz der Biodiversität und Verkehrswende: 30 Punkte • bezahlbarer Wohnraum: 20 Punkte • Kampf gegen Rechtsextremismus, soziale Gerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft: 40 Punkte
Rainer Benien (SPD) BM	Mir ist es wichtig zu betonen: Alle genannten Themen hängen eng miteinander zusammen. Soziale Gerechtigkeit braucht bezahlbaren Wohnraum, Klimaschutz geht nur mit einer Verkehrswende, und Demokratie braucht den Einsatz gegen Rechtsextremismus. Punkte verteilen ist da nicht der geeignete Ansatz, sondern dafür sorgen, dass diese Themen gemeinsam gedacht und bearbeitet werden.
André Nitsche (CDU) BM	Alle genannten Themen sind wichtig – und sie greifen ineinander. Mir ist wichtig, das ehrlich zu sagen: Die Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Schutz unserer Kulturlandschaft sind für mich, als Reservist der Bundeswehr, die Basis. Dazu gehört auch, Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten. Auf der zweiten Ebene sehe ich die Zukunft unseres Wirtschafts- und Arbeitsstandortes – ohne eine starke Wirtschaft gibt es keinen sozialen Frieden. Darauf aufbauend geht es dann um die ganz konkreten Themen wie Klima, Wohnen, Mobilität, Sicherheit und Teilhabe. Wir dürfen diese Punkte nicht gegeneinander ausspielen, sondern müssen sie klug miteinander verbinden.
Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	a. Digitalisierung (10) b. Klimaschutz / Schutz der Biodiversität (20) c. Verkehrswende (20) d. bezahlbarer Wohnraum (15) e. Kampf gegen Rechtsextremismus (15) f. soziale Gerechtigkeit g. sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft (20 gemeinsam)
Barbara Wagner (Die Linke) BM	Das ist eine sehr schwierige Frage. Viele der angegebenen Themen hätten allein schon die volle Punktzahl verdient. Zudem bin ich der festen Überzeugung, dass es eine Wechselwirkung zwischen den Themenbereichen gibt und Maßnahmen in einem Bereich auch Auswirkungen in anderen Bereichen haben können. Beispielsweise sind soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft effektive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Wenn es denn sein muss:

	a. Digitalisierung 10 Punkte b. Klimaschutz / Schutz der Biodiversität 15 Punkte c. Verkehrswende 15 Punkte d. bezahlbarer Wohnraum 15 Punkte e. Kampf gegen Rechtsextremismus 15 Punkte f. soziale Gerechtigkeit 15 Punkte g. sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft 15 Punkte
Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Naja, eine Frage ist das nicht... Ich kann auch keine Punkte vergeben, weil die angesprochenen Maßnahmen nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Alles ist vernetzt und in Wechselwirkung miteinander verknüpft. Sind die Maßnahmen a-d erfolgreich bzw. werden merklich verbessert, so münden Sie in e - g. Ich gebe 100% für das ganze Alphabet!
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	a) Digitalisierung 15 Punkte b) Klimaschutz 10 Punkte c) Verkehrswende 20 Punkte d) Bezahlbarer Wohnraum 15 Punkte e) Kampf gegen Links/Rechtsex. 10 Punkte (Kriterium durch Beantworter verändert!) f) Soziale Gerechtigkeit 10 Punkte g) Sozialer Zusammenhalt 20 Punkte
Frage 2: Wie bewerten Sie die bisherigen Maßnahmen der Stadt bzw. des Kreises Wesel um die menschengemachte Klimaerwärmung zu stoppen? Unterstreichen Sie bitte Ihre Auswahl!	
Sehr gut Könnte besser sein Ausreichend Unzureichend	
Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen) LR	Könnte besser sein!
Dr. Peter Paic (SPD) LR	„Könnte besser sein.“ Es gibt Bausteine, aber es fehlt Tempo bei Entsiegelung, grüner Infrastruktur und Energieprojekten, die messbar Treibhausgase senken. Das Thema ist tatsächlich umfassend. Daher erlaube ich mir an dieser Stelle zumindest an zwei Punkten etwas tiefer einzusteigen: 1. Kreiskonzept / Leitplanken bis 2035: Der Kreis Wesel verfügt über ein Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK) sowie die „Klimaoffensive“ mit Handlungsplan. Diese Rahmendokumente definieren Maßnahmen zur Treibhausgas-Reduktion bis 2035 und darüber hinaus (u. a. Energie,

	Mobilität, Anpassung). Parallel hat die Stadt Wesel das Ziel Klimaneutralität bis 2035 beschlossen und veröffentlicht hierzu fortlaufend Daten und Berichte; der Kreis bündelt Aktivitäten zudem im Klimabündnis der Kommunen. Das zeigt Richtung – aber die Umsetzungsgeschwindigkeit und Priorisierung müssen steigen. Die gesetzten Ziele sind u.a. in Frage gestellt, weil: 2. NIAG / Busflotten-Umbau (Förderlücke): Für die Elektrifizierung der NIAG-Dieselflotte war die Bundesförderung (u. a. Mehrkostenförderung, Ladeinfrastruktur) bis Ende 2025 ein zentraler Treiber. Ab 2025/26 laufen wesentliche Bundesprogramme aus bzw. sind unsicher; das Land NRW hat ausdrücklich signalisiert, die wegfallende Bundesförderung nicht vollständig kompensieren zu können. Die NIAG musste daher Planungen neu ausrichten, obwohl Zielbilder (z. B. mehrere hundert E-Busse bis 2035) vorliegen. Ergebnis: Transformationshemmnis durch mangelnde Planungs- und Finanzierungssicherheit – ein strukturelles Problem, das den lokalen Klimapfad bremst,
Klaus Winter (Die Linke) LR	Unzureichend
Rainer Benien (SPD) BM	Wir müssen in Wesel schneller vorankommen: aus Grau Grün machen. Weniger Beton, mehr Bäume. Weniger Versiegelung, mehr Lebensqualität. Klimaschutz gelingt nur, wenn wir Stadtentwicklung und Natur zusammen denken.
André Nitsche (CDU) BM	Ehrlich gesagt: Da geht viel mehr! Es gibt gute Ansätze, aber vieles läuft zu langsam und bleibt Stückwerk.
Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	Unzureichend
Barbara Wagner (Die Linke) BM	Unzureichend
Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Unzureichend
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	Sehr gut
Frage 3: Was würden Sie im Falle Ihrer Wahl besser machen, um die menschengemachte Klimaerwärmung zu stoppen?	
Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen) LR	Wir haben in den letzten Jahren vieles angeschoben, das jetzt konsequent fortgesetzt und ausgebaut werden muss: • Einstieg in den CO₂-neutralen ÖPNV mit klaren Zielvorgaben • Überarbeitung des Nahverkehrsplans und Vollmitgliedschaft des Kreises im VRR • Reaktivierung und Modernisierung des Schienennetzes • Radwegeprogramm an den Kreisstraßen • Neubauten künftig nur noch mit höchsten Nachhaltigkeitsstandards, beginnend mit dem BK Dinslaken • Energetische Sanierung sowie Installation von PV-Anlagen auf Kreisliegenschaften

	• Kreis Wesel als fahrradfreundlicher Arbeitgeber • Erfolgreiche Klage gegen den Landesentwicklungsplan zum Umgang mit endlichen Ressourcen und zum Erhalt unserer niederrheinischen Kulturlandschaft • Klage gegen den Regionalplan Ruhr • Förderprogramme im Bereich Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Rohstoffintelligenz • Kreisweite Geothermiestudie • Hecken- und Grünlandprogramme • Verstärkter Fokus auf das Thema „Wasser als Lebensgrundlage“, z. B. mit dem ersten Wassersymposium im Kreis Wesel • Förderung der Binnenschifffahrt zur Verlagerung von Transporten und Verbesserung des CO₂-Fußabdrucks • Fortführung der Ökomodellregion Niederrhein, auch im Hinblick auf zukunftsfähige Landwirtschaft – alte Getreidesorten als neue Chancen, Vervollständigung der regionalen Wertschöpfungsstufen
Dr. Peter Paic (SPD) LR	Klimaschutz als Querschnittsaufgabe mit messbaren Zielen: 1. Flächenkreislauf & Entsiegelung: Jährliche Entsiegelungsquote mit kommunalem Fördertopf; „Pico-Parks“ und grüne Parkplätze als Standard in Vorhaben des Kreises. 2. Erneuerbare skalieren: Vorrangflächen für Wind im Einklang mit Artenschutz; Photovoltaik auf kommunalen Dächern und kreisweite PV-Roadmap mit Monitoring. 3. Öffentliche Liegenschaften auf Netto-Null-Pfad: Energiemanagement, PV-Pflicht bei geeigneten Neubauten/Sanierungen, Wärmewende (Wärmepumpen/Netze). 4. Regionale Energiewirtschaft & H₂-Infrastruktur mit Hochschulen/Unternehmen bündeln (z. B. Westfälische Hochschule, H₂-Aktivitäten des Kreises); Ziel: Anwendungen im Verkehr/Industrie, keine Symbolpolitik.
Klaus Winter (Die Linke) LR	• Ausbau des Fahrradverkehrs • radikaler Ausbau eines rekommunalisierten ÖPNV → schnell, pünktlich, komfortabel, hohe Taktfrequenz, Anbindung der ländlichen Gebiete, kostenfrei • Photovoltaik auf allen öffentlichen Gebäuden • Flächennutzung für Windenergie • Wiederaufforstung von Waldflächen • pestizidfreie Begleitbegrünung bei kreiseigenen Flächen • Fassaden- und Dachbegrünung
Rainer Benien (SPD) BM	Als Geograph ist mir wichtig: Nachhaltigkeit muss bei allen Maßnahmen berücksichtigt werden. 9 Beispiele für Sie: 1. Wir wollen jedes Jahr mindestens 1.000 neue Bäume pflanzen – in Straßen, Parks, Wohngebieten und auf freien Flächen. 2. Jedes Grundschulkind in Wesel bekommt einen eigenen Baum im Stadtgebiet, mit Namenstafel und gemeinsamer Pflanz- oder Pflegeaktion. So wächst nicht nur der Baum, sondern auch das Bewusstsein für Natur und Zukunft.

	3. Mit Pico-Parks wollen wir versiegelte Flächen entsiegeln, begrünen und besser nutzbar machen. Für Begegnung, Schatten und ein besseres Stadtklima. 4. Schnellere und sicherere Wege für Radfahrer entlasten gleichzeitig den Straßenverkehr für Autofahrer. 5. Parkplätze müssen nicht grau und heiß sein. Mit gezielter Begrünung – zum Beispiel durch Bäume und entsiegelte Flächen – machen wir aus zubetoniertem Raum grüne Orte mit mehr Lebensqualität. 6. Wir wollen Windkraft gezielt und klug ausbauen. Das schafft saubere Energie. 7. Wohnraum schaffen wir ohne neue Versiegelung durch clevere Nutzung vorhandener Flächen. 8. Neue Wohngebiete in Wesel sollen künftig mit erneuerbarer Energie versorgt werden. 9. Wir setzen auf innovative Lösungen für die Energiewende – wie Solaranlagen auf Baggerseen oder auf Schuldächern.
André Nitsche (CDU) BM	Klimaschutz muss praktisch und sichtbar werden. Ich will über folgendes sprechen: • CO₂-neutralen ÖPNV • Reaktivierung und Modernisierung von Bahnstrecken • Begrünung städtischer Gebäude • Städtische Neubauten nur mit höchsten Nachhaltigkeitsstandards • Energetische Sanierungen und Photovoltaik auf städtischen Gebäuden • Die Stadt Wesel als fahrradfreundlichen Arbeitgeber • Nutzung von Homeoffice wo es möglich ist – unnötigen Pendelverkehr stoppen • Förderung einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und regionaler Wertschöpfung • Stärkeren Fokus auf Wasser als Lebensgrundlage • Ausbau der Binnenschifffahrt zur Entlastung unserer Straßen • Kurz: Klimaschutz darf nicht abstrakt bleiben – er muss in unserem Alltag spürbar werden.
Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	Geeignete Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung auf kommunaler Ebene sind aus unserer Sicht u.a. die Stärkung des ÖPNV, die Ausweitung des Fuß- und Radwegenetzes, die Verbesserung der Recyclingquote bei Renovierung und Neubau insbes. bei öffentlichen Gebäuden, die Förderung erneuerbarer Energien, eine aktive Wärmewende - von Gas - und Ölheizungen hin zur Wärmepumpe, die Stärkung der unabhängigen Energieberatung durch die Verbraucherzentrale, die Förderung der E-Mobilität durch einen stärkeren Aufbau der Ladeinfrastruktur, die Gründung einer "Bürgerenergie-Gesellschaft" für Wesel, die Ausweitung öffentlicher Grünflächen, die Förderung des Ökolandbaues, die Förderung regionaler Produkte (z.B. bei der Verpflegung in Kitas und Schulen) sowie die Förderung der Biodiversität (z.B. durch die Anpassung von Pflegemaßnahmen auf Grün- und Ausgleichsflächen der Stadt).
Barbara Wagner (Die Linke) BM	Die Zerstörung des wertvollen Biotops in der Rhein-Lippe-Aue verhindern, eine effektive Verkehrswende durch Umsetzung der Pläne für ein Stadtbuskonzept vorantreiben, bei Baumaßnahmen und Bestandssanierungen städtischer Gebäude den höchst möglichen und nicht nur den gesetzlich vorgeschriebenen Umweltstandard umsetzen, Flächen entsiegeln, städtische Grünflächen und Straßenbegleitgrün auf heimische Pflanzen umstellen, Dach- und Fassadenbegrünung fördern, Bürgerbeteiligung an regenerativen Energiegenossenschaften fördern.

Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Ein "Stoppen" ist bereits nicht mehr möglich. Es gilt den Prozess zu verlangsamen und die nötigen Anpassungen auf den Weg zu bringen. Maßnahmen sind Entsiegelung , regenerative Energien, Wärmenetzplanung umsetzen, etc.
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	Wir können hier nur einzelne Maßnahmen ergreifen, da „Klimawandel „ ein weltweites Phänomen ist. Da der Klimawandel uns seit Beginn der Erde begleitet und auch nicht durch regionale Einzelmaßnahmen verlangsamt werden kann, führen lokale Maßnahmen in Wesel nicht zu einer Reduzierung der Auswirkungen des Klimawandels. Gleichwohl müssen Maßnahmen getroffen werden, die langfristig zu einer Verbesserung klimatischer Bedingungen führen. Diese Maßnahmen müssen aber für alle Länder bindend sein. Bisherige Klimaprotokolle haben eher zum Gegenteil geführt und verschlechtern die Klimabilanz noch.
Frage 4: Wetterextreme wie Hitzewellen oder Starkniederschläge werden häufiger und heftiger. Wie bewerten Sie die bisherigen Maßnahmen der Stadt bzw. des Kreises Wesel, um die Menschen vor den Wetterextremen zu schützen? Unterstreichen Sie bitte Ihre Auswahl! Sehr gut Könnte besser sein Ausreichend Unzureichend	
Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen) LR	Könnte besser sein!
Dr. Peter Paic (SPD) LR	Teils vorhanden, teils unzureichend. Beim Hochwasserschutz gibt es Fortschritte; Hitzevorsorge (Schatten, Wasser, Kühlung) und Starkregenrückhalt in Siedlungsbereichen müssen deutlich verstärkt werden. Aktuelle Konflikte um Auenflächen unterstreichen, dass naturbasierte Lösungen Priorität haben sollten.
Klaus Winter (Die Linke) LR	Unzureichend
Rainer Benien (SPD) BM	Es gibt gute Ansätze, etwa bei Hochwasserschutz und Begrünung. Doch das reicht noch nicht. Wir brauchen mehr Schatten- und Kühlflächen in der Innenstadt, konsequente Dach- und Fassadenbegrünung und Rückhalteflächen für Starkregen. Kurz: Aus Grau mehr Grün machen.
André Nitsche (CDU) BM	Auch hier gilt: Da könnte mehr passieren. Konzepte gibt es, aber die Umsetzung ist zu zögerlich.

Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	Könnte besser sein
Barbara Wagner (Die Linke) BM	Unzureichend
Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Könnte besser sein!
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	Starkniederschläge werden in versiegelten Gebieten zu Problemen führen. Das wird seit Jahren politisch diskutiert. Jeder Eigentümer ist auch ein Stück weit selbst verantwortlich, Maßnahmen gegen Wasserschäden zu ergreifen. Die Stadt Wesel kann im wesentlichen informieren und da wo es möglich ist, auch Ausgleichsflächen oder ausreichende Kanalsysteme zu Installieren. Daher ausreichend.
Frage 5: Was würden Sie im Falle Ihrer Wahl besser machen, um die Menschen vor den Wetterextremen zu schützen?	
Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen) LR	Als Katastrophenschutzbehörde nimmt der Kreis eine wichtige koordinierend Funktion. Hier möchte ich Strukturen weiter stärken und die bestehende gute Zusammenarbeit mit den Kommunen, Feuerwehren und Hilfsorganisationen vertiefen.
Dr. Peter Paic (SPD) LR	• Hitze-Masterplan Kreis Wesel: Baumbestand aufbauen, Trinkpunkte, Kühlräume, verpflichtende Dach-/Fassadenbegrünung bei kofinanzierten Projekten des Kreises. • Schwammregion Niederrhein: Entsiegeln, Mulden-Rigolen, Retentionsflächen, Regenwassermanagement in Gewerbe- und Wohngebieten; Auen- und Grünzüge sichern statt zubauen. • Frühwarn- & Krisenkommunikation: Einheitliche Leitfäden, Warnketten, Checklisten für Kommunen/Einrichtungen.
Klaus Winter (Die Linke) LR	• Ausbau und Erweiterung von Hochwasserschutz- und Starkregenschutzmaßnahmen • Vergrößerung der Kanalisationen • Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen • Freiluftschneisen im Kreisgebiet • Beschattung öffentlicher Flächen

	• besondere Hitzeschutzmaßnahmen für vulnerable Gruppen (Ältere, Kinder, Vorerkrankte, Pflegebedürftige, Alleinstehende, Menschen mit Behinderungen, Wohnungslose)
Rainer Benien (SPD) BM	Ich will Wesel widerstandsfähiger machen gegen Hitze und Starkregen. Dazu gehören zum Beispiel mehr Schattenplätze und Trinkmöglichkeiten in der Innenstadt und entsiegelte Flächen Kurz: Wir machen Wesel klima- und menschengerecht.
André Nitsche (CDU) BM	Der Kreis hat eine wichtige Rolle im Katastrophenschutz, aber auch die Stadt kann ihren Beitrag leisten. Als ehemaliger Feuerwehrmann will ich die Zusammenarbeit mit Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Stadtwerken, in unserer Stadt, weiter stärken und moderne Warnsysteme einsetzen. Außerdem brauchen wir mehr Hitzeschutzkonzepte, Entsiegelung und Grünflächen in der Stadt.
Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	Zum Schutz gegen Wetterextreme unterstützen wir den Erhalt und die Ausweitung von Grünflächen und Schattenplätzen, die Schaffung weiterer Trinkwasserbrunnen an neuralgischen Plätzen, die Schaffung weiterer Versickerungs- und Rückhalteflächen ("Schwammstadt"), Entsiegelungsmaßnahmen (wo möglich), die Berücksichtigung klimatischer Erfordernisse bei Neubau- und Instandsetzungsvorhaben (Frischluftschneisen u.ä.) sowie die konsequente Kontrolle baurechtlicher Vorgaben in Baugebieten hinsichtlich Versiegelungsgrad und Grünflächenanteil.
Barbara Wagner (Die Linke) BM	Im gesamten Stadtgebiet muss es kühle Rückzugsräume insbesondere für die besonders gefährdeten Gruppen geben, die neben Schatten und Getränken auch Betreuung bieten. Der städtische Eigenbetrieb ASG muss finanziell und personell gestärkt werden, um die Anlage und Pflege von Bäumen und Grünflächen angemessen durchführen zu können und so für ein besseres Klima in der Stadt zu sorgen. Innovative Ideen aus anderen Städten sollten auf Übertragbarkeit geprüft und ggf. übernommen werden, beispielsweise die Beschattung der Fußgängerzone mit Sonnensegeln.
Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Die "Schwammstadt" Wesel muss zwingend und dringend vorangebracht werden. Öffentliche Plätze müssen im Sommer Möglichkeiten der Beschattung erhalten (inkl. Schulhöfe!), mehr Trinkwasserbrunnen installieren, "grüne Lunge" erhalten, Wald und Forst mehr fördern!
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	Schwierige Frage, ehrliche Antwort, das können wir nicht. Wir diskutieren hier Wetterextreme und werden panisch bei Temperaturen von 30 Grad, fahren aber nach Spanien in Sommerurlaub und stöhnen.
Frage 6: Thema: „Bodenversiegelung“ Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie im Falle Ihrer Wahl ergreifen, um die zukünftige Bodenversiegelung in ihrem Zuständigkeitsbereich zu begrenzen? Was halten Sie von einer Flächenkreislaufwirtschaft, bei der nur so viel Fläche zugebaut wird, wie an anderer Stelle entsiegelt worden ist?	

Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen) LR	Grundsätzlich halte ich eine Flächenkreislaufwirtschaft für einen vernünftigen Ansatz. Gleichzeitig bin ich skeptisch, wenn wir alle Probleme gleichzeitig lösen wollen. Beispiel: Infrastrukturmaßnahmen – auch solche, die mittel- bis langfristig dem Klima- und Umweltschutz dienen – brauchen Flächen. Einrichtungen für die zivile Verteidigungsfähigkeit brauchen Flächen. Anstehende Förderschulneubauten brauchen Flächen. Guter und sozialverträglicher Wohnraum braucht Flächen. Richtig ist aber: Wir müssen uns des Werts von Flächen und ihrer Endlichkeit stärker bewusst werden und dies in Abwägungsprozesse deutlich stärker einfließen lassen.
Dr. Peter Paic (SPD) LR	• „Innen- vor Außenentwicklung“ verbindlich machen: Vorrang für Nachverdichtung, Umnutzung, Aufstockung, Brownfields. • Kreisweiter Flächenpool: Datenbank für Konversions-/Leerstandsflächen; aktive Bodenpolitik mit Zwischenerwerb/-vergabe. • Entsiegelungsbonus & Gründach-Standard bei geförderten Vorhaben. • Flächenkreislaufwirtschaft als Leitlinie: Neuversiegelung nur, wenn anderswo entsiegelt wird – möglichst Netto-Null bis 2030/35 in der Zuständigkeit des Kreises.
Klaus Winter (Die Linke) LR	• Satzung zur Entsiegelung von privaten Gärten (Schottergärten) • radikale Entsiegelung von versiegelten kreiseigenen Flächen • keine weitere Versiegelung von kreiseigenen Flächen Flächenkreislaufwirtschaft: JA
Rainer Benien (SPD) BM	Boden ist ein kostbares Gut – wir müssen sorgsam damit umgehen. Hier 2 Beispiele: 1. Nachverdichtung statt Neubetonierung: Bestehende Flächen intelligenter nutzen, bevor neue ausgewiesen werden. 2. Entsiegelung und Begrünung: Wo möglich, Asphalt durch Grün ersetzen – etwa mit entsiegelten Plätzen, Dach- und Fassadenbegrünung.
André Nitsche (CDU) BM	Flächen sind endlich, das müssen wir uns viel bewusster machen. Natürlich brauchen wir Raum für Schulen, Wohnungen oder Infrastruktur – aber das heißt: Flächen klüger nutzen. Innenverdichtung statt immer neue Flächen, klare Prioritäten und sorgsamer Umgang mit dem, was wir haben.
Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	Zur Begrenzung der Bodenversiegelung ist ein nachhaltiges Flächenmanagement erforderlich. Wirksame Maßnahmen sind aus unserer Sicht insbesondere die Nutzung von bereits versiegelten Flächen für neue Bauvorhaben (z.B. Flachglasgelände), die Nachverdichtung der Innenstadt z.B. durch moderate Aufstockungen und die Nutzung von Baulücken (sofern stadtklimatisch unbedenklich), die Ausweitung des Rad- und Fußwegenetzes durch Reduzierung von Straßenräumen für den KFZVerkehr sowie der Umbau im Bestand. Wir unterstützen die Flächenkreislaufwirtschaft. Die Inanspruchnahme neuer Flächen ist auf Sonderfälle zu begrenzen. (z.B. nachhaltige Infrastrukturprojekte, Projekte aufgrund sonstiger gesellschaftlicher Entwicklungen/Bevölkerungswachstum)
Barbara Wagner (Die Linke)	Über die Bauleitplanung und die konsequente Umsetzung der NRW-Bauverordnung kann die Stadt Einfluss auf übermäßige Flächenversiegelung nehmen. Eigentums- und Bodenrecht schränken die Zugriffsmöglichkeiten der Stadt erheblich ein. Somit fehlt für eine

BM	Flächenkreislaufwirtschaft leider die rechtliche Grundlage. Weder über das größtenteils brachliegende Flachglasgelände noch über das vergammelnde Hochhaus am Bahnhof kann die Stadt entscheiden. Eine gelingende Verkehrswende würde heutige versiegelte Verkehrs- und Parkraumflächen für andere Nutzungen frei machen.
Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Es werden bereits Ausgleichsflächen für Bauvorhaben vorgehalten. Für städtische Baumaßnahmen in Wesel mag das ggf noch zusätzlich auf freiwilliger Basis zu berücksichtigen sein. Einen zusätzlichen, ordnungsrechtlichen Eingriff, den der Gesetzgeber nicht vorsieht, lehne ich jedoch ab. Behördliches Handeln ist stets an Gesetzmäßigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wahrung von Grundrechten geknüpft. Dies scheint mir in diesem Zusammenhang kritisch zu sein.
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	Solche politischen Pläne haben noch selten dazu geführt, dass Maßnahmen stringent ergriffen werden. In jeder Kommune und in jedem Landkreis oder Stadt sind die Überlegungen unterschiedlich die Haushaltssituation verschieden und die Aufgaben nicht übertragbar. Am Ende müssen Entscheidungen getroffen werden den überregionalen Bestand haben. Aus meiner Sicht ist es bislang im gesamten Ruhrgebiet noch nicht vorgekommen, dass Industrie und Gewerbeflächen rückgebaut und renaturiert worden sind. Industrielle Brachflächen werden immer erhalten, um künftigen Ansiedlungen gerecht zu werden. Daher halten wir nichts von einem Flächenkreislauf, sondern wir müssen intelligente Maßnahmen ergreifen, die Landwirtschaft als eigener Lebensmittelhersteller schützen und auch die Kiesindustrie eine Zukunftsperspektive geben. Schaffen wir den Spagat zwischen den Interessengruppen nicht, dann werden wir einen enormen Bevölkerungsschwund in unserer Stadt haben und wirtschaftlich keine Perspektive für die Menschen in unserer Stadt aufzeigen können.
Frage 7: Thema: „Güterverkehr“ Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie im Falle Ihrer Wahl ergreifen, um den Güterverkehr per LKW in ihrem Zuständigkeitsbereich zu begrenzen?	
Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen) LR	So lange wie möglich auf dem Wasser in Form von Binnenschiffen zu bleiben, ist bereits heute unsere strategische Leitlinie. Instandsetzung und Reaktivierung von Schienen und Wasserstraßen ist notwendig. Fakt ist jedoch, dass die Auslagerung der Lagerhaltung auf die Straße nicht allein vom Kreis Wesel gelöst werden kann.
Dr. Peter Paic (SPD) LR	• Verlagerung auf Wasser/Schiene: Die Rheinlage ist Stärke – Container/Massengüter aufs Schiff, kombinierte Verkehre ausbauen; Terminal-Kapazitäten optimieren, Schienenanschlüsse priorisieren. • Keine neuen XXL-Lkw-Monostrukturen ohne Klimaplan, Schiene/Wasser-Anbindung und strikte Verkehrsfolgen-Checks.
Klaus Winter (Die Linke) LR	• mittelfristige Maßnahme: weitere Ertüchtigung des Bahnschienennetzes für den Güterverkehr • langfristiges Maßnahme: Verlagerung von LKW-Güterverkehr auf die Schiene

Rainer Benien (SPD) BM	Der Kreis Wesel soll seine logistische Lage am Rhein noch stärker nutzen. Container und Massengüter gehören aufs Schiff – das spart CO₂ und entlastet unsere Straßen.
André Nitsche (CDU) BM	Mein Grundsatz ist klar: So lange wie möglich auf Schiene und Wasser. Nur so entlasten wir Straßen, Anwohnerinnen und Anwohner. Dafür müssen Bahnstrecken reaktiviert und Häfen modernisiert werden.
Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	Eine Begrenzung bzw. Verringerung des LKW-Verkehrs muss in erster Linie durch die Verlagerung der Güterströme auf Bahn und Schiff erfolgen. Wir unterstützen hier u.a. die Reaktivierung Walsum-Bahn. Für die letzte Meile sollte verstärkt auf das Rad gesetzt werden. Unvermeidbarer LKW-Verkehr sollte zukünftig nur noch mit E-Antrieben ausgestattet werden. Die Logistikbranche und vor allem die Hersteller der LKW setzen hier schon Lösungen im Markt um. Wir unterstützen daher ebenfalls eine starke DC-Infrastruktur für hohe Ladeleistungen aus erneuerbarer Energie, um damit aktiv den CO ₂ Ausstoß verringern.
Barbara Wagner (Die Linke) BM	Die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt sind in diesem Bereich gering. Die Stadtverwaltung kann bei der Materialbeschaffung und Auftragsvergabe auf regionale Vertragspartner setzen. In vielen Fällen steht dem aber EU-Recht entgegen. Durch eine entsprechende Auslastung der Teile von Delta-Port, die tatsächlich trimodal angebunden sind, kann eine Verlagerung des Gütertransports vom LKW auf Schiffe oder Züge gelingen.
Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Sämtliche Verkehrsminister (Bund und Land) versagen seit Jahrzehnten auf ganzer Linie... So traurig es ist, aber lediglich der steigende CO ₂ Preis und (m)ein Wille zum weiteren Ausbau von Wasserstofftankstellen im Kreisgebiet können mittelfristig ein Umdenken provozieren und die Antriebsart Wasserstoff attraktiver machen.
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	Die Frage kann man fast nicht beantworten, bei der desaströsen Entwicklung, die die Bahn genommen hat. In den letzten Jahren sind viele Überlegungen von Logistikunternehmen angestellt worden, Frachten auf die Bahn zu verlegen, alle Überlegungen sind aufgrund der fehlenden Flexibilität der Bahn gescheitert. Man sollte auch nicht glauben, dass Logistikunternehmen Interesse daran haben, sich in NRW in den Stau zu stellen, da die Straßeninfrastruktur genau so desaströs ist. Das Problem kann aus Wesel kaum beeinflusst werden. Den Güterverkehr zu begrenzen, ohne funktionierende Alternativen, wird mit uns nicht zu machen sein.
Frage 8: Thema: „Arbeitsplätze ohne Tarif“ Wie beurteilen Sie eine Tarifbindung unter den Aspekten sozialer Gerechtigkeit und sozialem Zusammenhalt in einer Gesellschaft? Würden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen zukünftig vorrangig Firmen in Wesel anzusiedeln, die einer Tarifgemeinschaft angehören?	

Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen) LR	Neben der Tatsache, dass es einen verbindlichen Mindestlohn gibt, bin ich überzeugt: Die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland kann nur im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft gelingen – sie ist der wesentliche Anker für sozialen Frieden und damit für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Im Wettbewerb um Arbeitskräfte bei fortschreitender Demografie wird ein Lohn unter Tarif und das Fehlen von Mitbestimmung einem Unternehmen mittelfristig schaden – davon bin ich fest überzeugt. Schon heute achten wir bei Firmenansiedlungen auf die Haltung der Unternehmen zu den UN-Nachhaltigkeitszielen. Die absolute reine Lehre funktioniert aber in einer globalisierten Welt und einem Wirtschaftsstandort im Umbruch nur in der Theorie. In der Praxis bedarf es Kompromissen – und auch das ist Wesenskern der Demokratie.
Dr. Peter Paic (SPD) LR	Tarifbindung, Mitbestimmung, Ausbildung sind für mich Kernkriterien guter Arbeit und sozialer Stabilität. Bei Ansiedlungen auf kreiseigenen Flächen sowie bei Wirtschaftsförder-Instrumenten setze ich auf eine transparente „Ansiedlungs-Scorecard“ (u. a. Tarifbindung, Betriebsrat, Ausbildung, Klimastrategie). Unternehmen mit guten Standards werden bevorzugt unterstützt – rechtskonform und planbar.
Klaus Winter (Die Linke) LR	• Tarifbindung ist Grundvoraussetzung für soziale Gerechtigkeit und den sozialen Zusammenhalt • vorrangige Ansiedlung von Firmen im Kreis Wesel mit Tarifbindung: JA
Rainer Benien (SPD) BM	Tarifbindung ist für mich ein zentraler Baustein von sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Gute Löhne und verlässliche Arbeitsbedingungen sind die Grundlage für Wohlstand und für ein gutes Leben in unserer Stadt.
André Nitsche (CDU) BM	Ich bin überzeugt: Gute Arbeit braucht faire Bezahlung. Wer heute unter Tarif zahlt, wird morgen im Fachkräftemangel verlieren. Die Soziale Marktwirtschaft ist mein Kompass – ohne sie gibt es keinen sozialen Frieden.
Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	Die Gründung eines Betriebsrates ist Sache der Mitarbeiter und kann durch die jeweilige Geschäftsleitung nicht bestimmt oder verhindert werden. Eine Tarifbindung ist davon losgelöst und muss beim Betrieb durch die Einbindung der jeweiligen Gewerkschaft erfolgen. Das KANN für den Mitarbeiter besser sein, MUSS es aber nicht. Der Tarif stellt aber eine wichtige Orientierung für die Mitarbeiter dar. Wichtiger ist der Betriebsrat, um die Interessen der Mitarbeiter bei der Geschäftsleitung zu vertreten. Hier muss Aufklärung über die Rolle und die einfache Gründung des Betriebsrates bei den Beschäftigten erfolgen....genau hier wollen wir unterstützen. Gleichzeitig wollen wir Einfluss auf die Vergabe von öffentlichen Aufträgen nehmen, damit diese nicht an Unternehmen gehen, die tatsächlich unterhalb des Tarifes zahlen.
Barbara Wagner (Die Linke) BM	Der Rückgang der Tarifbindung ist zu beklagen. Arbeitnehmer:innen müssen ermutigt werden, sich gewerkschaftlich zu organisieren und so ihre Interessen besser vertreten zu können. Bestrebungen zur Gründung von Betriebsräten müssen unterstützt werden. Auf die Ansiedlung allein von tarifgebundenen Unternehmen hat die Stadt leider nur Einfluss, wenn sie eigene Flächen vermarktet. Bei Ausschreibung von Aufträgen muss aber von potenziellen Bietern gefordert werden, dass sie Tariflohn zahlen und das auch von allen

	Subunternehmern verlangen.
Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte und Tarifgemeinschaften sind wertvolle Werkzeuge, die sich die Arbeitnehmer hart erkämpft haben. Ich begrüße diese Errungenschaften und halte sie für schützenswert. Und doch sind es interne Angelegenheiten in den Unternehmen bzw. Branchen. Ich muss erneut auf die Kriterien behördlichen Handelns verweisen zu welchen auch die Gleichbehandlung zählt.
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	Unternehmen stehen immer im Wettbewerb. Es würde schon helfen, wenn man einen Blick auf den Straßenverkehr richtet. Große Bereiche des Logistikbereiches werden heute von osteuropäischen Unternehmen und Speditionen durchgeführt. Die haben völlig andere Standards als wir in Deutschland. Unternehmen müssen überlegen, wie sie wettbewerbsfähig bleiben. Die fehlende Tarifbindung bei Unternehmen ist ein Hilferuf der zeigt, dass die Ausweitung der EU zu enormen Verwerfungen führt.
Frage 9: „Regionales Wirtschaften“ Um den Güterverkehr zu reduzieren, muss u.E. der internationale Handel unter anderem unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten reguliert und regionales Wirtschaften gefördert werden. Würden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen zukünftig kommunale Aufträge vorrangig unter dem Aspekt des regionalen Wirtschaftens zu vergeben?	
Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen) LR	Auch dies ist bereits im gesetzlich möglichen Rahmen Realität im Kreis Wesel. Die Entwicklungsagentur Wirtschaft fördert die Regionalentwicklung. Beispielhaft ist hier die regionale Lebensmittelherstellung, -weiterverarbeitung und -vermarktung zu nennen.
Dr. Peter Paic (SPD) LR	Kommunale Vergaben sind rechtlich gebunden; reine „Regionalboni“ sind so nicht zulässig. Aber: Wir können leistungsbezogene Nachhaltigkeits-/Sozialkriterien (z. B. CO₂-Bilanz, Lebenszykluskosten, Tariftreue, kurze Lieferketten, Reparaturfähigkeit) in Leistungsbeschreibungen und Zuschlagskriterien zulässig verankern. So gewinnen häufig regionale Anbieter, ohne gegen Vergaberecht zu verstoßen.
Klaus Winter (Die Linke) LR	JA
Rainer Benien (SPD) BM	Kommunen sind beim Thema Auftragsvergabe an das Vergaberecht gebunden und können nicht frei entscheiden, nur nach regionalen Kriterien zu vergeben.
André Nitsche (CDU)	Hier liegen für Wesel große Chancen. Regionale Produktion und Vermarktung – gerade bei Lebensmitteln – bedeutet: Arbeitsplätze vor Ort sichern, Transportwege verkürzen und Umwelt schützen. Das will ich gerne fördern.

BM	
Christina Heumann (B90/ Die Grünen)	Grundsätzlich ein entschiedenes "JA"wobei hier die EU-Vorgaben für öffentliche Ausschreibungen einzuhalten sind.
BM	
Barbara Wagner (Die Linke)	Sofern dem nicht EU-Recht entgegensteht, ist die regionale Auftragsvergabe auf alle Fälle zu bevorzugen. Das sollte bei der Gestaltung der Ausschreibungen bereits berücksichtigt werden.
BM	
Marcel Schoierer (Die PARTEI)	Dies ist ein wichtiger Aspekt, der zunehmend an Bedeutung gewinnt. Ein Vorrang kann nicht uneingeschränkt eingeräumt werden. Es ist stets ein Faktor in der Gesamtbetrachtung.
BM	
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel)	Man muss den Warenverkehr nicht noch mehr regulieren, sondern alternative Transportmöglichkeiten schaffen. Der Ball liegt bei der Bahn.
BM	
Frage 10: „Innerstädtischer Lieferverkehr“ Kommunen könnten die Flut an Lieferverkehren dadurch eindämmen, dass sie sie regulieren: Statt vieler Anbieter, die kreuz und quer durch die Stadt fahren, könnte dieser Dienst kommunal ausgeschrieben und an den Anbieter mit dem ökologisch überzeugendsten Konzept vergeben werden. Würden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein solches Vorgehen einsetzen?	
Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen)	Teil der kommunalen Selbstverwaltung ist die Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten – hier liegt keine Zuständigkeit des Kreises vor. Grundsätzlich halte ich Mikrodepots und die persönliche Abholung durch die Empfänger für einen spannenden Ansatz: Sie entlasten Umwelt und Verkehr und können zugleich mehr Begegnungen im Quartier fördern.
LR	
Dr. Peter Paic (SPD)	Kein Monopol-Dienst. Stattdessen:
LR	• Mikro-Hubs an der Peripherie + Lastenräder/kleine E-Fahrzeuge auf der „letzten Meile“, • gebündelte Lieferzonen und Zeitfenster in Innenstädten, • Digitale Slot-Buchung und Auswertung, um Anfahrten zu reduzieren. So sinken Lkw-Kilometer, Lärm und Emissionen – ohne rechtlich heikle Ausschreibungsmodelle.
Klaus Winter (Die Linke)	JA

LR	
Rainer Benien (SPD) BM	Ein solches Vorgehen halte ich nicht für zielführend. Kommunen sind keine Logistikdienstleister. Stattdessen müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die sinnvolle Lösungen fördern: etwa durch die Stärkung von Lastenrad-Logistik, gebündelte Lieferzonen und klare Zeitfenster.
André Nitsche (CDU) BM	Ich finde Mikrodepots, Lastenräder oder Abholstationen sehr spannend. Sie entlasten Umwelt und Verkehr und bringen gleichzeitig mehr Begegnungen in die Nachbarschaft. Solche Modelle will ich in Wesel auf den Weg bringen.
Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	Die Lieferdienste unterliegen dem freien Wettbewerb. Die Einflussmöglichkeit der Kommune beschränkt sich daher auf die öffentlichen Aufträge. In solchen Fällen unterstützen wir das genannte Vorgehen. Darüber hinaus erhoffen wir eine deutliche Stärkung der ordnungsrechtlichen Möglichkeiten für Kommunen, auf den Lieferverkehr Einfluss zu nehmen, wie es im Koalitionsvertrag von CDU und SPD vereinbart ist. Wir können uns die Einführung von Umschlag-Hubs am Stadtrand und innerstädtische Auslieferung mit E-Mobilen und Lastenfahrrädern vorstellen.“
Barbara Wagner (Die Linke) BM	Leider können Kommunen die Lieferverkehre nicht in der dargestellten Art eindämmen. Sinnvoll wären zentrale Sammellager im Außenbereich, wo die Lieferungen aller Anbieter gemeinsam nach Lieferadressen umsortiert und von dort möglichst mit emissionsfreien Fahrzeugen zu den Adressat:innen weiter transportiert werden. Ein solches Konzept basiert auf Freiwilligkeit und kann den Anbietern nicht aufgezwungen werden. Leider. In der Hand der Stadt läge, einzelne Bereiche der Stadt nur für emissionsfreie Fahrzeuge frei zu geben. Dies würde dann aber auch den privaten Verkehr betreffen.
Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Sie scheinen da Potential zu erkennen, welches sich mir auf Anhieb noch nicht erschließt. Legen Sie gern ein Konzept vor. Ich guck es mir ergebnisoffen an.
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	Kommunen können den Lieferverkehr nicht durch Verordnungen eindämmen. Eigene Ausschreibungen unterliegen ab einer gewissen Größenordnung europäischem Recht. Der geringste Teil des innerstädtischen Warenverkehrs sind kommunale Aufträge. Der überwiegende Teil des Warenverkehrs unterliegt nicht einer kommunalen Aufsicht und kann dadurch auch nicht beeinflusst werden.
Frage 11: „Demokratie“ Die Mitglieder unseres Bündnisses „Rhein-Lippe-Aue bleibt!“ sind in den vergangenen Monaten bei der Auseinandersetzung um die Rhein Lippe Aue immer wieder auf arrogantes Auftreten der verantwortlichen PolitikerInnen des Stadtrates in Wesel gestoßen. Auf Anfragen und wiederholte Einladungen zu einem Dialog wurde	

nicht geantwortet. Die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner, die es nur bei Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses gibt, wurde mehrmals zur Farce. Wir meinen, dass das Vertrauen in unsere Demokratie eine der wichtigsten Grundlagen unseres Rechtsstaates ist. Bürgerbeteiligung und Transparenz gehören dazu. Würden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz einsetzen? Welche konkreten Maßnahmen würden Sie ergreifen?	
Landrat Ingo Brohl (CDU/ B90 Die Grünen) LR	(Vorbemerkung: Als gewählter Landrat und damit Aufsicht auch über die Städte und Gemeinden sowie aus Respekt vor den aus der Bürgerschaft gewählten Organen Bürgermeister und Stadt-/Gemeinderat habe ich mir Zurückhaltung in der Bewertung von einzelnen Sachverhalten auferlegt, die nicht in meiner Zuständigkeit liegen.) Die Teilhabe an Kommunalwahlen und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Stadt- und Gemeinderäten sowie im Kreistag ermöglichen die direkteste Form der Bürgerbeteiligung. Auch als sachkundige Bürgerinnen und Bürger können Interessierte über Parteien und Wählergemeinschaften in den Ausschüssen mitwirken. Durch den Grundsatz der öffentlichen Beratung und die engen Grenzen für nicht-öffentliche Angelegenheiten ist Transparenz gewährleistet. Im Kreistag und seinen Ausschüssen steht zudem zu Beginn JEDER Sitzung die „Fragestunde der Bürgerinnen und Bürger“ – ein direktes Mittel von Beteiligung. Darüber hinaus steht die Kreisverwaltung für Rückfragen und Anregungen jederzeit zur Verfügung. Auch erreichen mich regelmäßig Anliegen direkt, um die ich mich dann kümmere. Die Gemeinde- und Kreisordnung sieht außerdem Bürgerentscheide vor. Und: Ich halte es in unserem Rechtsstaat für gut und richtig, dass strittige Entscheidungen im Zweifel von unabhängigen Gerichten überprüft werden können.
Dr. Peter Paic (SPD) LR	Der Kreis Wesel soll Vorreiter für Beteiligung werden. Drei Bausteine: 1. Kreisweite Bürgerbudgets (Stadt-/Ortsteil-Töpfe mit Mitentscheid der Bürger:innen), 2. „Nacht der Demokratie“ als offenes Ideen-Festival mit direkter Rückkopplung in Gremien, 3. Verbindliche Frühbeteiligung bei Großprojekten (Dialoge, Onlinetools, barrierefreie Infos). Das passt zu unserem Anspruch „Politik auf Augenhöhe“ und zu Formaten, die vor Ort bereits positiv diskutiert werden. Hinweis zur Rhein-Lippe-Aue / Hafen-Debatte Ich stehe für Natur- und Klimaschutz mit Augenmaß und einen Kurs der Deeskalation: Auenräume sind Klimaanlagen unserer Region. Infrastruktur-Projekte brauchen vollständige, aktuelle Gutachten, rechtssichere Verfahren und echte Alternativprüfungen. Die jüngsten Entwicklungen rund um Bebauungsplan 232/OVG zeigen, wie sorgfältig hier vorgegangen werden muss.
Klaus Winter (Die Linke) LR	• mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz: JA • konkrete Maßnahmen: Bürger*innenbeteiligung war und ist immer eine Kernforderung der LINKEN; der Prozess der Kommunikation zwischen Bürgerschaft und politischen Akteuren sollte verbindlich vereinbart und geregelt werden, z.B. in Form einer Bürgerbeteiligungssatzung.
Rainer Benien (SPD)	Mein Ziel: Wesel wird Hauptstadt für Beteiligung.

BM	Wir starten Projekte immer mit echter Beteiligung – von Anfang an. Demokratie lebt von Teilhabe. Und die beginnt dort, wo man gehört wird und mitgestalten kann. 3 Beispiele: 1. Stadtteilbudget für Wesel Sie wollen mitentscheiden, was in ihrem Stadtteil passiert? Das werden wir mit dem Stadtteilbudget für Wesel ermöglichen. Jeder Stadtteil bekommt sein eigenes Budget direkt für Ideen aus Ihrer Nachbarschaft. Das heißt: Sie machen Vorschläge und entscheiden mit, wofür das Geld eingesetzt wird. Vom barrierefreien Weg bis zum Standort für die Parkbank. 2. Nacht der Demokratie im Heubergpark Was passiert, wenn Demokratie nicht im Rathaus bleibt, sondern in den Park zieht? Inspiriert vom dänischen Folkemøde schaffen wir ein offenes Festival der Ideen. Es bringt Menschen, Vereine, Unternehmen, das Ehrenamt, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Verbände, Politik, Kunst, Kultur, Musik und viele mehr auf Augenhöhe ins Gespräch. Mit Diskussionen, Workshops, und kulturellem Austausch – und ganz viel Lust auf Mitgestaltung. Und das Besondere: Was hier entsteht fließt direkt in die Ratsarbeit ein. So stellen wir uns das vor. 3. Wesel zu Fuß – sicher und barrierefrei Gemeinsam mit allen Menschen wird ein Fußwege-Check gemacht: Wo sind Hindernisse, schlechte Beleuchtung, Stolperfallen? Ergebnis: Ein Maßnahmenplan für alle Stadtteile. Ein Mitmachprojekt für alle mit Verbindlichkeit in der Umsetzung. Am Großen Markt haben wir schon angefangen - die Testfläche für ein barrierefreies Pflaster ist auf Initiative der SPD-Fraktion entstanden.
André Nitsche (CDU) BM	Bürgerbeteiligung muss einfach und erlebbar sein. Darum ist mir wichtig: • Mehr Transparenz bei Entscheidungen • Beteiligung auch außerhalb klassischer Parteistrukturen • Verwaltung bleibt ansprechbar, erreichbar und nah bei den Menschen Mir geht es darum, dass wir Politik und Verwaltung öffnen. Es reicht nicht, nur zu verwalten – wir müssen zuhören, erklären, einbeziehen. So wird Wesel eine Stadt, in der die Menschen mitreden und mitgestalten können. Das ist mein Ansatz: klar, bodenständig, bürgernah. Ich will als Bürgermeister dafür sorgen, dass Wesel seine Chancen nutzt – mit Mut, Verlässlichkeit und einem offenen Ohr für alle.
Christina Heumann (B90/ Die Grünen) BM	Wir haben uns als in der letzten Legislaturperiode mehrfach dafür eingesetzt, dass es ein Rederecht für alle Bürger und Bürgerinnen in jeder Rats- oder zuständigen Ausschusssitzung geben soll. Diesen Ansatz treiben wir weiter voran.
Barbara Wagner (Die Linke) BM	In einem ersten Schritt würde ich die Bürgerfragestunde auf alle Ausschüsse und den Rat ausweiten. Um den Bürger:innen die Rats- und Ausschussarbeit transparenter zu machen, sollten die öffentlichen Teile der Sitzungen per Livestream übertragen werden. Bestehende Beteiligungsformate müssen fortgesetzt und ausgebaut werden. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Betroffenen informiert sind und teilnehmen können. Wenn sich Bürger:innen entschließen, Ratsbeschlüsse per Bürgerbegehren in Frage zu stellen, müssen die Fachleute der

	Verwaltung sie bei den formalen Anforderungen unterstützen.
Marcel Schoierer (Die PARTEI) BM	Ich weiß leider nicht, warum die Fragestunde zur "Farce" wurde, da ich diesem Ausschuss nicht angehöre. Auch "arrogante" Ratsmitglieder sind grds. demokratisch gewählte Ratsmitglieder. Das können Sie am 14.09. gerne entsprechend berücksichtigen. Die frühzeitige und ergebnisoffene BürgerInnenbeteiligung ist mir wichtig. Ich unterstütze dies und habe mich seit jeher auch für die maximale Transparenz eingesetzt und eine Übertragung der Rats- und Ausschusssitzungen gefordert. Doch auch hier sind bestimmte Parteien dagegen. Denn im Gegensatz zu den Wahlversprechen wäre hier tatsächlich nachvollziehbar, wer sich wie für welche Themen einsetzt.
Jürgen Lantermann (Wir für Wesel) BM	Wir haben in letzten Jahren gemeinsam mit anderen Fraktionen dafür geworben verschieden Investitionen und Maßnahmen einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen und zu diskutieren. Wir sind dabei immer gescheitert, da wesentliche Teile des Rates zu einer Bürgerbeteiligung nicht bereit waren. Da ändern auch Wahlkampflogans nichts dran. Wir würden uns das wünschen.